

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Veranlagungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Imperialismus, Welthandel und Arbeiterchaft

II.

Die Entwicklung seiner inneren Verhältnisse zwang Deutschland zu einer imperialistischen Politik. Bis in die Mitte der 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts war die preussisch-deutsche Politik ausschließlich Festlandspolitik. Von den Befreiungskriegen angefangen bis lange nach dem 70er Kriege war sie lebendig darauf gerichtet, die deutschen Stämme unter Preußens Führung wirtschaftlich und politisch zu einigen, den Staat innerlich zu festigen und zu kräftigen und ihm als Großmacht auf dem europäischen Festlande Geltung zu verschaffen. Der glückliche Ausgang des Krieges gegen Frankreich brachte die Ordnung dieser Arbeit. Auf der Grundlage und im Rahmen des neuen deutschen Reiches vermochten sich die im Lande und im Volke schlummernden Kräfte zu entwickeln. Aufgabe der Politik mußte es zunächst sein, dafür zu sorgen, daß das nach außen Gewonnene erhalten bleibe und daß die Verhältnisse im Innern zur weiteren Entfaltung und Kräftigung gelangten. Erst zu Anfang der 80er Jahre machte sich eine neue Richtung in der deutschen auswärtigen Politik geltend. Ihr war eine wichtige Schwere in der inneren Politik vorausgegangen, die eigentlich in derselben Richtung lag. Bismarck hatte kurz vorher mit dem „Mantelgesetz“ gebrochen und zur Förderung des deutschen Wirtschaftslebens die Schutzvollzugsgebung begründet. Er trug sich mit den Plänen der Sozialgesetzgebung als ein weiteres Glied der neuen Wirtschaftspolitik. Aber er erkannte bald, daß der „Schutz der nationalen Arbeit“ im Innern nicht genügt, sondern sich auf den „Schutz der deutschen Arbeit“ im Auslande ausdehnen müsse. Vor allem hatte ihn das Vorgehen englischer Kolonialbehörden gekränkt, die, unbekümmert um ältere Rechte, deutsche Wirtschaftsinteressen beiseite schoben und sogar wirtschaftliche Verträge, aus denen deutsche Handelshäuser und Personen Rechte hatten, einfach annullierten. Bismarck erkannte die Notwendigkeit, zugunsten der deutschen Arbeit im Auslande einzugreifen und dem deutschen Handel in den Ueberseegebieten Stützpunkte zu verschaffen. Die damals erfolgte Gründung des Dreibundes, ergänzt durch einen Dreilaiservertrag (Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Rußland), ferner kolonialpolitische Gegensätze zwischen England einerseits und Frankreich und Rußland andererseits, dann Schwierigkeiten in der inneren Politik Englands (irische Frage) ermöglichten es Bismarck, seine Pläne gegen den Willen Englands durchzusetzen. 1884 erfolgte die Besitznahme von Südwest-Afrika. Bezeichnend für die Umstände, unter denen die Besitznahme erfolgte, ist folgendes Telegramm, das Bismarck am 24. April 1884 an den deutschen Konsul in Kapstadt richtete:

„Nach Mitteilung des Herrn Lüderik Zweifel die Kolonialbehörden (nämlich die englischen b. S.), ob seine Erwerbungen nördlich vom Orangefluß auf deutschen Schutz Anspruch haben. Sie wollen den englischen Behörden amtlich mitteilen, daß er und seine Niederlassung unter dem Schutze des Reiches stehen.“

Damit war der erste Schritt deutscher Kolonial- und Weltpolitik getan — gegen den Willen Englands. Nach dem Vorgehen in Südwestafrika folgten sich die Ereignisse schnell. Am 5. und 6. Juli 1884 wurde in Bome die deutsche Flagge über Togo gehißt, am 14. Juli desselben Jahres über Kamerun. Im Oktober-Dezember erfolgte die Besitznahme von Neu-Guinea, am 23. Februar 1885 von dem jetzigen Deutsch-Ostafrika. Damit hatte Bismarck eine imperialistische Politik eingeleitet, die von unserem jetzt regierenden Kaiser energisch fortgeführt wurde. Seinem entschiedenen Zugreifen ist nicht in letzter Linie die Schaffung der deutschen Flotte, ferner die Erwerbung weiterer Stationen und Handelsstützpunkte zuzuschreiben. Er brachte auch den Gedanken der imperialistischen Politik ins Volk. Gelegenlich des 25-jährigen Reichsjubiläums am 18. Januar 1890 hielt er eine Rede, worin er u. a. sagte:

„Unser deutsches Reich ist ein Weltreich geworden. Tausende von deutschen Landsleuten wohnen in allen Teilen der Erde; deutsche Güter, deutsches Wissen und deutsche Betriebsamkeit gehen über den Ozean. An sie alle ergeht die ernste Pflicht, dieses größere deutsche Reich auch fest an das heimische anzuschließen.“

Und in einer Sitzung des Reichstags vom 11. Dezember 1899 faßte der damalige Kanzler Fürst Bismarck den imperialistischen Gedanken noch genauer, als er sagte:

„Wenn die Engländer von einem ‚greater Britain‘ (größeren England), die Franzosen von einem ‚nouvelle France‘ (neuen Frankreich) sprechen, wenn die Russen sich Osten erschließen, dann haben auch wir Anspruch auf ein größeres Deutschland.“

Diese neue Politik war nicht von reinem Machtstreben oder von einem nationalstiftlichen Ehrgeiz getragen, sondern sie quoll hervor aus einer völlig veränderten wirtschaftlichen Lage des deutschen Volkes. Wirtschaftlich ist Deutschland über den Rahmen der nationalen Verhältnisse hinaus und in die internationale Weltwirtschaft hineingewachsen. Und zwar in zweierlei Hinsicht. Einmal hinsichtlich der Lebensmittelversorgung und zum anderen Male hinsichtlich der industriellen Verhältnisse. Noch in den 80er Jahren vermochte Deutschland nicht nur für die eigene Bevölkerung genügend Nahrungsmittel zu erzeugen, es versorgte obendrein noch England und andere europäische Länder mit seiner überschüssigen Produktion und tauschte dafür gewerbliche Erzeugnisse ein. Diese Dinge haben sich von Grund auf geändert. Heute sind wir bei normalen Verhältnissen nicht bloß hinsichtlich der eigentlichen Kolonialwaren, sondern auch hinsichtlich einer ganzen Menge von anderen Nahrungsmitteln, vor allem hinsichtlich unserer Brotversorgung, in starkem Maße auf den Bezug aus dem Auslande angewiesen. Unsere Einfuhr an Nahrungs- und Genussmitteln betrug im Jahre 1913 dem Werte nach rund 3000 Mill. Mark (244,6 Mill.), davon kamen rund 95% von Uebersee. Selbst die eigene Landwirtschaft vermögen wir ohne die Auslandszufuhr an Kraftfuttermitteln und Düngstoffen nicht in vollem Umfange aufrecht zu erhalten, vor allem nicht weiter zu entwickeln. Unsere Einfuhr an tierischen und menschlichen Nahrungsmitteln wird zweifellos dauernd wachsen, denn wenn es uns auch gelingt, die Erträge des eigenen Bodens noch ganz erheblich zu steigern, so wird doch die Erzeugungskraft der eigenen Landwirtschaft mit der Vermehrung der Bevölkerung und der Zunahme ihres Bedarfs wohl nicht Schritt zu halten vermögen.

Nun macht sich aber in der Getreideversorgung für die auf fremde Zufuhr angewiesene Bevölkerung schon in recht fühlbarem Maße folgende Entwicklung bemerkbar: auch in der Weltversorgung mit Getreide wächst der Verbrauch schneller als die Erzeugung. Mit der Zunahme des Verbrauchs, verursacht durch die Bevölkerungsvermehrung und die Steigerung der Lebenshaltung, hält die Erzeugungskraft der Landwirtschaft im allgemeinen nicht gleichen Schritt. Dazu kommt, daß Länder, die früher eine große Ueberschußerzeugung auf den Weltmarkt werfen konnten, von Jahr zu Jahr größere Massen ihrer Bevölkerung in der Industrie beschäftigen und darum zum Teil selbst schon Getreideeinfuhrländer geworden sind. So Deutschland, Oesterreich-Ungarn u. a. Selbst der gewaltige Getreideüberschuß der Vereinigten Staaten Amerikas geht infolge der zunehmenden Industrialisierung des Landes immer mehr zurück. Die Nahrungsmitteldecke wird enger. Wir haben es in den letzten Jahren in einem scharfen Anziehen der Preise zu fühlen bekommen.

Was folgt daraus? Daß es immer notwendiger wird, die noch brach liegenden, für die Bebauung mit Nährfrüchten aber geeigneten Böden in den der Kultur noch nicht erschlossenen Ländern der Arbeit und dem Verkehr zu übergeben. Im Interesse der Sicherstellung seiner Ernährung kann aber das deutsche Volk nicht ruhig zusehen, daß die Erschließung jener Länder ausschließlich von fremden Mächten, unter fremdem Einfluß und mit fremdem Gelde erfolgt; es kann nicht ruhig zusehen, wenn gar fremde Staaten von jenen Ländern Besitz ergreifen

und sie ausschließlich für ihre Zwecke ausnützen; es kann nicht ruhig zusehen, daß fremde Mächte Deutschland von der Mitbestimmung bei der Schaffung neuer Ernährungsmöglichkeiten einfach ausschließen und dadurch Deutschland in eine Abhängigkeit hineinbringen, die auf die Dauer vor allem für die unbemittelte deutsche Bevölkerung von unübersehbaren Folgen sein müßte.

Diese zunehmende Abhängigkeit vom Auslande hinsichtlich unserer Lebensmittelversorgung hat aber auch noch eine andere Seite. Womit sollen wir unsere Nahrungsmittel an das Ausland bezahlen? Entweder mit barem Goldgelde, und wir geraten dann in eine wachsende Verschuldung, die schließlich bis zur Verarmung führen könnte. Oder von den Zinsen und Gewinnen unserer im Auslande in Bergbau, Schifffahrt, in Fabriken, in der Landwirtschaft oder in anderen Werten angelegten Gelder. Aber gerade diese Art der ausländischen Kapitalanlage wird besonders von der Sozialdemokratie scharf bekämpft und als eine Ursache des „gefährlichen“ Imperialismus angesehen. Jedenfalls hat eine übermäßige Anlage von heimischen Geldern in fremden Werten manche Nachteile, weil sie dadurch der eigenen Volkswirtschaft entzogen werden und mit an der Großziehung unserer Konkurrenz arbeiten. Da bleibt nur als dritter und bester Weg übrig, unsere Verpflichtungen gegenüber dem Auslande mit fertigen Industrieerzeugnissen zu bezahlen. Nur dadurch gleichen wir die gegenseitigen Zahlungsverpflichtungen aus, machen uns sogar infolge unserer hochwertigeren Industriefabrikate das Ausland zahlungspflichtig. Das zwingt uns aber, unsere Industrie ständig fortzubilden und unseren überseeischen Handel fortbauend zu erweitern. Wir werden also schon dadurch immer enger mit der Weltwirtschaft verknüpft und als Folge davon immer mehr gezwungen, Weltpolitik zu betreiben.

Aber ganz abgesehen davon: es ist für die Verhältnisse Deutschlands gar keine andere Entwicklung mehr denkbar als die einer fortschreitenden Industrialisierung. Wenn in einem Lande mit den Kultur- und Bevölkerungsverhältnissen wie Deutschland der Industrialismus einmal derart stark eingesetzt hat, dann gibt es keinen Stillstand mehr, sondern nur entweder ein langsames Dahinsinken oder ein kräftiges Vorwärtsschreiten. Es braucht nicht besonders gefragt zu werden, welche Entwicklung im Interesse der Arbeiter läge. Die Industrieentwicklung hat es uns ermöglicht, auf der gleichen Fläche Bodens, die in den 70er Jahren nicht einmal 40 Millionen Menschen Verdienst zu bieten vermochte, heute rund 70 Millionen Menschen Verdienst zu geben. Die Zahl der nach Uebersee Ausgewanderten ist von rund 221 000 im Jahre 1881 auf 185 000 im Jahre 1912 gestiegen. Die heutige Auswanderung ist für die Ernährungsfähigkeit Deutschlands ohne Belang, ihr steht ja auch eine viel größere Zuwanderung aus fremden Ländern gegenüber, betrug doch im Jahre 1910 die Zahl der Reichsausländer in Deutschland über 1/4 Millionen. Soviel die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland auch noch zu wünschen übrig lassen, so ist doch infolge unserer industriellen Entwicklung eine außerordentliche Hebung des allgemeinen Volkswohlstandes im Laufe der letzten Jahrzehnte eingetreten. Nur dieses andauernde Vorwärtsschreiten unserer industriellen Verhältnisse hat den Gewerkschaften die Möglichkeit geboten, sich machtvoll zu entfalten und große Erfolge für die Arbeiterchaft auf dem Gebiete des Arbeitsvertrags und der gesetzlichen Sozialreform herauszuholen. In dieser aufsteigenden Richtung der Kurve unserer Industrieentwicklung darf kein Stillstand eintreten. Deutschland nimmt alljährlich um rund 900 000 Menschen zu. Es zum größten Teile in der Landwirtschaft unterzubringen, ist undenkbar. Entweder wir lassen sie wieder auswandern, wodurch dem Deutschtum und der heutigen Volkskraft unge-

heuer viel verloren ginge, oder aber wir schaffen für sie im Inlande Brot und Arbeit durch die Weiterspannung unserer Industrie und unseres Handels. Das aber führt uns wieder tiefer in das enge Geflecht der Weltwirtschaft. Wir werden in wachsendem Maße mehr Waren herstellen müssen, als der heimische Markt aufzunehmen in der Lage ist. Unser Ausfuhrhandel muß darum eine freie Bahn für seine Ausdehnung gewinnen, wenn wir nicht im Innern langsam dahinsinken wollen.

Es hat sich im Laufe des letzten Jahrzehnts eine Entwicklung gezeigt, die bereits einigen bedeutenden Zweigen unserer deutschen Industrie recht drückend ist. Infolge der zunehmenden Industrialisierung der Welt bieten sich für den Absatz gewerblicher Erzeugnisse in wachsendem Maße Schwierigkeiten. Noch bis vor wenigen Jahrzehnten war England die Weltstadt der Welt und versorgte alle Länder des Festlandes und von Uebersee mit seinen Fabrikaten. Später kam Deutschland hinzu. Die Vereinigten Staaten Nordamerikas sind zu den bedeutendsten Industriestaaten der Welt geworden; Japan hat sich in kurzer Zeit eine verhältnismäßig starke Industrie geschaffen und ist eben daran, sich die ungeheuren Vorräte Chinas an Naturprodukten aller Art zu eigen zu machen, sich den gewaltigen ostasiatischen Markt und dadurch in industrieller Hinsicht eine Zukunft zu sichern, die für die europäischen Industrieländer von unübersehbaren Folgen sein kann. Italien, Belgien haben sich Industrien geschaffen, in anderen Staaten werden alle Kräfte für eine Industrieentwicklung angespannt. Hinter hohen Zollmauern, mit Hilfe staatlicher Subventionen und vielerlei Vergünstigungen, durch Erschließung von Verkehrsstraßen zu Lande und zu Wasser wird die Industrie hochgezogen, um in der Versorgung der Bevölkerung mit gewerblichen Erzeugnissen nach Möglichkeit vom Auslande unabhängig zu werden. Aber die Länder begnügen sich nicht mit der Selbstversorgung, sie gehen mit ihren Waren auf den Weltmarkt, machen hier den alten Industriestaaten, vielfach auf Grund niedriger Löhne und elender sozialer Verhältnisse, Konkurrenz. So wird die Absatzbede enger, der Wettbewerb schärfer.

Wenn auch nicht alle Industrien gleich stark von diesem internationalen Selbstständigkeitsbestreben getroffen sind, andere sogar eine ganz erhebliche Steigerung ihrer Ausfuhr dadurch erzielt haben, so ist doch dieser Druck im allgemeinen für das deutsche Wirtschaftsleben nicht unerheblich fühlbar. Was folgt daraus für die deutsche auswärtige Politik? Daß sie sich den Schutz und die Förderung unseres Handels im Auslande angelegen sein lassen muß, daß sie nicht stillschweigen darf, wenn fremde Industriestaaten große und zukunftsreiche Absatzmärkte einfach für sich festzuhalten und den Absatz unserer Waren dorthin durch allerhand handels- und wirtschaftspolitische Maßnahmen zu unterbinden versuchen. Sie muß sich Einfluß auf die handels- und Wirtschaftspolitik der anderen Staaten verschaffen, muß für das Prinzip der Gleichberechtigung des Handels in der Welt und der „offenen Tür“ mit aller Entschiedenheit, wenn es sein muß, selbst mit großen Opfern, eintreten. Sie muß eine imperialistische Politik verfolgen, wenn nicht wichtige Teile der Industrie langsam aber sicher verkümmern und weite Schichten unseres Volkes verarmen sollen. Es bedarf gar keiner besonderen Betonung, daß in diesen Fragen die Arbeiterschaft hinter ihrer Regierung stehen muß. Schon folgende Tatsache ergibt das zur Genüge. Mindestens ein Drittel sämtlicher in Industrie, Handel und Verkehr beschäftigten Arbeiter und Angestellten lebt direkt von unserem Auslands-geschäft, gar nicht zu reden von all den Personen, die indirekt Arbeit und Verdienst von unserer gewerblichen Ausfuhr erhalten.

Arbeiterschaft und Volks-ernährung

Der Plan unserer Feinde, das deutsche Volk, das mit den Waffen nicht besiegt werden kann, durch den Hunger zu bezwingen, kann fürs erste Kriegsjahr als völlig gescheitert betrachtet werden. Bis zur nächsten Ernte reichen die vorhandenen Vorräte aus; durch Hunger wird die Widerstandskraft der deutschen Nation nicht beeinträchtigt werden. Während jetzt auf den Schlachtfeldern blutige Kämpfe ausgefochten werden und heilige menschliche Entschädigungen fallen, kommt und spricht auf der heimischen Front die neue Saat empor,ückt sich die begründete Hoffnung, daß Gott uns im zweiten Kriegsjahr eine gute Ernte bescheren möge. Daher muß es in der heutigen Abhängigkeit, die wir bei einer längeren Dauer des Krieges auch im zweiten Kriegsjahr mit unserer Lebensversorgung ungeschützt konfrontiert wären. Schon dem Ertrag der neuen Ernte wird es aber nicht auf ihre Unterbrechung und dann auf eine

zweckdienliche Regelung der gesamten Lebensmittelversorgung ankommen. Daß im ersten Kriegsjahr diese Regelung über unvollkommene Versuche nicht hinausgekommen, daß die bisherigen Maßnahmen sehr viel zu wünschen übrig ließen, wird von niemanden bestritten werden können. So ist es erklärlich, wenn sich jetzt schon die verschiedensten Kreise — Regierung, Landwirtschaft, Handel, Verbraucher usw. — mit der Frage eingehend beschäftigen, wie die bisherigen Mängel in unserer Lebensmittelversorgung beseitigt werden können und wie die neue Ernte im Interesse der Gesamtnation zu verwenden ist.

Diese bedeutsamen, man kann ruhig sagen: Lebensfragen des deutschen Volkes bildeten die Verhandlungsgegenstände einer Konferenz christlich nationaler Arbeiterorganisationen, die am Donnerstag, den 13. Mai (Christi-Himmelfahrt) in Essen-Nuhr stattgefunden hat. Auf Einladung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, der westdeutschen Verbände katholischer und evangelischer Arbeitervereine und des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine hatten sich im Kruppsaale des städtischen Saalbauers 160 Vertreter zusammengefunden, die ca. 500 000 Mitglieder vertraten. Zur Beratung standen folgende Gegenstände: „Arbeiter und Krieg“ (Landtagsabgeordneter Wallbaum-Vielefeld), „Konsumenteninteresse und Volkswirtschaft“ (Generalsekretär Stegerwald-Köln), „Die seitliche Lebensmittelversorgung im Kriege und ihre Regelung nach der neuen Ernte“ (Verbandsdirektor Schlad Mülheim-Rhein und Dr. Wohlmannstädter-M. Gladbach). Wie schon aus der Tagesordnung, deren Erledigung in einer patriotischen Ansprache von Pfarrer Dr. Weber-Bonn einen würdigen Abschluß fand, hervorgeht, war der Ausgangspunkt für diese Beratungen nicht ein kleinliches, selbstsüchtiges Konsumenteninteresse, sondern herrliche Sorge und Bemühung um die Erhaltung der wirtschaftlichen und moralischen Kraft unseres Volkes. Die Referenten lösten die ihnen gestellte Aufgabe ruhig, sachlich und in voller Beherrschung ihres Stoffgebietes. Wir sind nicht zusammengekommen, um zu nörgeln und zerfetzende Kritik zu üben, sondern um an der Festigung der Wehrkraft unseres Volkes positiv mitzuarbeiten; so klang es durch alle Reden hindurch. Wo die Spitze der Kritik angelegt wurde, geschah es nur, um bestehende Mängel und Schwächen aufzudecken und praktische Vorschläge zu ihrer Abstellung daranzustellen.

Einen allgemeinen öffentlichen Arbeiterkongress, so erklärte der Konferenzvorsitzende, Abg. Behrens, in der Eröffnungsansprache, haben wir im Hinblick auf die allgemeine Situation nicht einberufen, es dürfte genügen, wenn wir im Rahmen der heutigen Konferenz die Ansichten und Wünsche der christlich-nationalen Arbeiterschaft in den schwebenden Fragen zur öffentlichen Kenntnis bringen.

Der erste Berichtsteller, Kollege Wallbaum, wies hin auf die Pflichttreue, Opferwilligkeit und vaterländische Hingabe, die die deutschen Arbeiter in dieser schweren Zeit an den Tag gelegt. Ihre Kriegstüchtigkeit beruhe auf der staatlichen Sozialfürsorge und auf den Errungenschaften der organisatorischen Selbsthilfe. Durch letztere, in Verbindung mit der Erziehungsarbeit der Organisationen, seien dem Vaterland unschätzbare Dienste erwiesen worden.

Der zweite Redner, Kollege Stegerwald, bezeichnete das Fehlen einer zuverlässigen Erntestatistik als grundlegenden Mangel in der Organisation unserer Volksernährung, dem so bald wie möglich abgeholfen werden müsse. Militärisch und finanziell seien wir vorzüglich gerüstet gewesen, aber auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung habe uns der Weltkrieg unbereitet gefunden. Daher auch so viele unerfreuliche Erscheinungen, so manche Fehler und Auswüchse, die dem Volk viel Sorge bereitet und unnötige Erbitterung geschaffen hätten. Die bisherige Lebensmittelversorgungspolitik sei zu einseitig vom Produzenteninteresse beeinflusst gewesen. Eine einseitige Förderung der Landwirtschaft und schrankenlose Handelsfreiheit ohne Berücksichtigung der Verbraucherinteressen sei kein volkswirtschaftlicher Fortschritt und könne auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden. Die enorme anbahnende Preissteigerung der notwendigsten Lebensmittel könne von den breiten Massen nur sehr schwer durch erhöhtes Einkommen ausgeglichen werden. Entschieden trat Redner den Ansichten entgegen, die die Lebensmittel als Kriegsgut erklären möchten. Wofür habe die Allgemeinheit denn 35 Jahre lang die beträchtlichen Opfer für die Landwirtschaft gebracht, wenn sie jetzt nicht einmal Anspruch auf preiswerte Lebensmittel haben solle! Auch die häufig vertretene Theorie, daß hohe Preise zur Sparfamkeit zwingen und so das geeignete Mittel zum Durchhalten seien, müsse mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden. Das würde gerade die Verarmten treffen und zur Lebensvernichtung führen. Zu verlangen sei eine Regelung, die allen Volksgenossen die Ernterträge ermöglichte. Die Arbeiter müssen jetzt offen und ungeschönt reden,

um die maßgebenden Stellen zu durchgreifenden Maßnahmen zu drängen. Das geschehe nicht um der Kritik willen, sondern aus patriotischen Motiven, denn mit gründlichen Vorkehrungen würde eine bessere Stimmung erzeugt und der Boden vorbereitet für eine bessere gegenseitige Verständigung nach dem Kriege.

Kollege Schlad erläuterte die bisherigen Preissteigerungen an Hand von Zahlen, die auf die Konferenzteilnehmer stichtlichen Eindruck machten. Zeigte ferner, welche Fehler und Lücken in den bisherigen behördlichen Maßnahmen vorhanden sind. Die beabsichtigte Wirkung der Höchstpreise für Getreide sei durchkreuzt worden, weil nicht gleichzeitig Mehl- und Brotpreise verflügt wurden. Von nachteiligster Wirkung sei ferner gewesen, daß trotz allem Drängen keine Schlachtvieh- und Fleischpreise festgesetzt wurden. Am meisten zu beanstanden seien die Maßnahmen in der Kartoffelversorgung. Die Verordnungen hätten nur auf dem Papier gestanden und die mehrmaligen späteren Preiserhöhungen seien nur Prämien für das egoistische Verhalten jener Geschäftsmacher, die ihre Vorräte zurückgehalten. Die Taktik der Kriegsgetreidegesellschaft lasse den notwendigen sozialen Zug vermissen. Es müsse entschieden bekämpft werden, wenn die H. G. G. hohe Gewinne aus der Brotfrucht — wenn auch für wohltätige Zwecke — erzielen wolle. Man solle die Kriegsgewinne jeder Art radikal besteuern, dann würden die nötigen Mittel für Kriegswohlfahrtszwecke zusammen gebracht werden. Die großen Massen der Verbraucher würden die Fehler der Vergangenheit gern vergessen und vergeben, wenn es nur in Zukunft besser gemacht würde.

Dr. Wohlmannstädter befaßte sich mit den praktischen Notwendigkeiten der nächsten Zukunft. Der jetzige Saatensand lasse eine gute Ernte erhoffen; die hätten wir auch dringend nötig, da wir inzwischen die vorhandenen Vorräte der ausländischen Zufuhr aufgebraucht und völlig auf uns selbst angewiesen seien. Das wichtigste sei vorerst die Einbringung der neuen Ernte. Die freiwillige Hilfsaktivität müsse organisiert, Gefangenearbeit auch den Kleinbauern zugänglich gemacht werden. Zu empfehlen sei ein Verbot des Verkümmerns von grünem Getreide vom Haln, ferner ein Verbot des Vorverkaufs. Die Beschlagnahme des sämtlichen Brotgetreides sei unerlässlich und müsse frühzeitig erfolgen. Für zweckdienliche Verwertung der Dösterreich müsse ebenfalls Vorkehrungen getroffen werden. Bald nach der Ernte habe eine zuverlässige Bestandsaufnahme zu erfolgen. Eine Reform der Selbstversorgung müsse in Betracht gezogen und die Ration allgemein erhöht werden, zumal weite Kreise den Fleischverbrauch einzuschränken gezwungen wären. Frühzeitig müßten neben den Großhandels- auch die Kleinverkaufspreise festgesetzt und auf eine normale Höhe heruntergeschraubt werden. Letzteres liege nicht nur im Interesse der Verbraucher, sondern auch im Interesse der Produzenten und der Industrie. Der Wirtschaftsplan der Regierung solle frühzeitig veröffentlicht und der öffentlichen Aussprache Gelegenheit zu Ergänzungs-vorschlägen gegeben werden. — Einstimmig wurden nach einer von patriotischem Schwung getragenen Schlußansprache des Herrn Dr. Weber folgende Richtlinien zum Beschlußantrag erhoben:

Beschluß.

In dem uns aufgezwungenen Kampfe um die Würde und Existenz der deutschen Nation hat sich der große Stand der Arbeiterschaft als gleichwertigen Bestandteil, als treuen und festen Rückhalt unseres Volkes, seiner militärischen und wirtschaftlichen Kriegsführung erwiesen. Er hat gleich den übrigen Volksgenossen sich bereit gezeigt zu jedweden Opfer, das die Durchführung eines siegreichen Krieges unvermeidbar verlangt. Die Opfer mußten sich gerade für diesen Stand besonders fühlbar machen, weil er der minderbemittelte ist und das Einkommen auf der bloßen Tagesarbeit seiner Angehörigen beruht.

Um so schwerer lasten auf diesen Millionen von Volksgenossen die Mängel, die sich in der wirtschaftlichen Kriegsführung gezeigt haben und insbesondere in Form einer sachlich zum Teil ganz unbegründeten Lebensmittelverknappung in die Erscheinung traten. Die unnötige Belastung weiter Kreise wäre zu vermeiden gewesen, wenn schon zu Friedenszeiten die Fragen der Lebensmittelbeschaffung nicht unter dem Gesichtspunkt von Interessenkämpfen, sondern als ein Problem der deutschen Volksernährung behandelt, wenn die volkswirtschaftliche Tragweite auch des Konsumenteninteresses gebührend in Betracht gezogen, und wenn gleich bei Kriegsbeginn die die Volksernährung regelnden Maßnahmen nach einem einheitlichen, die ganzen Verhältnisse in all ihren Zusammenhängen überschauenden Plan durchgeführt worden wären.

Diese Unterlassungen haben sich immer mehr zu einer gefährlichen Schwächung der Kauf- und Sparkraft großer Teile des Volkes ausgewirkt. Wir bedürfen

Kollegen! Auch während der Kriegszeit ist es Pflicht, eifrig für die Ausbreitung des Verbandes tätig zu sein!

aber ihrer unverminderten Erhaltung als Grundlage unserer inneren wirtschaftlichen und moralischen Kraft im zweiten Kriegsjahr und für den Wiederaufbau unseres Innenmarktes nach Kriegsabschluss.

Für das zweite Kriegsjahr erweist sich darum die sofortige Aufstellung eines umfassenden Planes für die Sicherung und Regelung unserer Lebensmittelversorgung als zwingende Notwendigkeit.

1. Da die Ernährung der deutschen Bevölkerung nunmehr ganz allein auf dem Ergebnis der kommenden Ernte beruht, sind unverzüglich Maßnahmen zu treffen und der bäuerlichen Bevölkerung alle notwendigen Hilfen vorzubereiten, um eine rechtzeitige Einbringung der Ernte und deren frühzeitige Bereitstellung für die Lebensmittelversorgung zu gewährleisten.

2. Die Ueberführung der Ernte in den Konsum ist durch eine umfassende Verteilungsordnung zu regeln. Für die Getreide- und Brotversorgung muß das Rationssystem von Reichswegen auch weiterhin durchgeführt werden. Alle Getreidearten sind soweit als irgend möglich dem menschlichen Verbrauch vorzubehalten. Der Mangel an Hilfsfrüchten muß durch entsprechende Vorsorge für die Herstellung von Mühlenprodukten, z. B. Grieß, Graupen, Hafersflocken, sowie durch Konservierung der zu erwartenden Obstsorten ausgeglichen werden. Auch die Ueberführung des Kartoffelbarrats an die Verbraucher ist sofort nach der Ernte in Angriff zu nehmen.

3. Der Viehbestand muß auf die inländischen Futtermengen eingestellt werden und zwar auf diejenigen Futtermengen, die für die menschliche Ernährung nicht in Frage kommen. Bei Beurteilung der Futtermittel ist in erster Linie auf die Erhaltung des Milchviehbestandes Bedacht zu nehmen.

4. Da nunmehr die Verteilungsordnung alle Ernteborräte von vornherein erfassen kann, andererseits den breiten Massen Fleisch, Fett und Hilfsfrüchte nur in beschränktem Umfang erreichbar sein werden, wird man nicht umhin können, die Brot- und Mehrationen entsprechend zu erhöhen und nach Einkommenverhältnissen sowie Art der körperlichen Arbeit abzustufen.

5. Die Regelung der Preise hat bei den hauptsächlichsten Lebensmitteln nicht nur für Produzenten, sondern auch für Großhandel und Kleinverkauf zu erfolgen. Mit der Höhe der Preise kann der durch die bisherige Spekulation erreichte Stand in keiner Weise Grundlage für die neue Ernte sein, sondern muß dem normalen Stande wieder mehr angepaßt werden.

6. Die Kosten der behördlichen Nahrungsmittelregelung sind als wirtschaftliche Kriegskosten zu betrachten und nicht auf die Warenpreise abzuwälzen.

7. Zur Durchführung der gesamten Regelung der Lebensmittelversorgung ist ein Reichslebensmittelamt zu schaffen, dem ähnliche Einrichtungen in den Gemeinden zu unterstellen sind. In diesen Ämtern muß insbesondere den minderbemittelten Verbrauchern eine entsprechende Vertretung eingeräumt werden.

8. Verteilungsordnung und Preisregelung sind möglichst bald der Diskussion der beteiligten Kreise zugänglich zu machen und in der endgültigen Fassung noch vor Eintritt der neuen Ernte in Kraft zu setzen.

Die Leitungen der einberufenen Organisationen wurden von der Delegiertenversammlung beauftragt, die Verhandlungen in Broschürenform der Öffentlichkeit zu unterbreiten und einen Auszug daraus als Denkschrift den zuständigen Behörden zu übermitteln. — Die christlich-nationalen Arbeiterorganisationen haben damit zum Problem der Volksernährung angesichts des zweiten Kriegsjahres Stellung genommen und dürfen im Interesse von Volk und Vaterland tustlichste Berücksichtigung ihrer — durchaus im Bereich der Möglichkeit liegenden — Vorschläge erwarten.

Allgemeines

Das **Eiserne Kreuz** erhielten die **Kollegen: Karl Stort**, Mitglied der Zahlstelle Eilschhausen; **Edwig Richter** aus Dommersbach, Mitglied der Verwaltungsstelle Oberhausen; **Anton Stähler**, Mitglied der Zahlstelle Barendorf; **Josef Hagenbach** aus Kerbersdorf, Mitglied der Zahlstelle Erle; **Salob Belzer** aus Sindersfeld, Mitglied der Zahlstelle Effen; **Josef Gerlach** aus Sindersfeld, Mitglied der Zahlstelle Marburg; **Hans Müller** aus Bundeslagen, Mitglied der Verwaltungsstelle Gelfentrichen. Unsern herzlichsten Glückwunsch!

Der christliche Metallarbeiterverband. Die fünf Kriegsjahre des vergangenen Jahres haben die Gewerkschaftsbewegung zwar in ihrer ursprünglichen Entwicklung

gehemmt, ihren Fortbestand aber in keiner Weise erschüttern können. Das zeigen am besten die Klassenabschlüsse der einzelnen Verbände. Der christliche Metallarbeiterverband hat laut seines Klassenberichts für 1914 eine Gesamtzunahme von 1024302 M zu verzeichnen gegen 1282448 M im Jahre vorher. Die Ausgaben beziffert sich auf 998176 M. Die Aufwendungen für Unterstützungen halten sich fast auf der gleichen Höhe des Vorjahres, trotzdem bis Jahreschluss von den 42000 Mitgliedern etwa 12000 zum Kriegsdienst einberufen waren; gegenwärtig sind es über 15000. Es wurden im ganzen 520551 M an Unterstützungen ausbezahlt; darunter für Kranke 151807 M, für Arbeitslose 304228 Mark. Letztere Ausgabe hat sich infolge der großen Arbeitslosigkeit in den ersten Kriegswochen bedeutend erhöht. Der Vermögensbestand des Verbandes betrug am Jahreschluss 1684347 M. In der Kriegsanleihe hat sich der christliche Metallarbeiterverband mit 200000 M beteiligt.

Unternehmer und Gewerkschaftsbewegung. Die scharfen Angriffe, die der Geheimrat Kirsdorf, der bekannte Vorkämpfer der Großindustriellen, gegen die Reichsregierung und das preussische Handelsministerium richtete, weil sie Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen geschlossen, haben zu lebhaften Erörterungen in der Öffentlichkeit Veranlassung gegeben. Von den Bergarbeiterorganisationen wie von den Mätkern sämtlicher Gewerkschaftsgruppen ist gegen die Scharfmachereien Kirsdorfs energig Protest erhoben worden mit dem berechtigten Hinweis, daß die Haltung der von Kirsdorf vertretenen Großindustriellen nur dem Widerwillen gegen die Anerkennung der Arbeiterorganisationen entspringt. Es muß jedoch hervorgehoben werden, daß nicht alle Untern hmer den Standpunkt Kirsdorfs teilen. Viele Arbeitgeber haben schon vor dem Kriege sich mit den Arbeitergewerkschaften abgefunden und sie durch den Abschluß von Tarifverträgen als gleichberechtigten Faktor im Arbeitsvertrag anerkannt. Andere Unternehmer sind durch die Erfahrungen dieses Krieges von ihrer ablehnenden Haltung gegenüber den Arbeiterorganisationen abgelenkt. Das Organ der deutschen Arbeitgeberverbände, die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung (Nr. 7, 1915), schrieb im Hinblick auf eine anerkennende Würdigung der Tätigkeit der wirtschaftlichen Organisationen im „Reichsarbeitsblatt“ u. a. folgendes:

„Diese Zusammenstellungen zeigen, daß die zu Friedenszeiten entstandenen Verbände doch noch einen viel höheren Wert besitzen, als man früher anzunehmen geneigt war. Vielsach war der Glaube verbreitet, es handele sich bei der Mehrzahl dieser Organisationen nur um Kampfeinrichtungen, die man vielleicht als ein notwendiges Uebel, aber doch immerhin als ein Uebel anzusehen habe. Nun hat der Krieg uns eines besseren belehrt. Er zeigt uns in hellem Lichte die ganze Notwendigkeit und Fruchtbarkeit des Zusammenstufes, und wir wollen wir zugeben, daß auch entsprechend dem neu erwachten nationalen Bewußtsein die gewerkschaftlichen Verbände den großen Aufgaben der Zeit zumeist ein volles und freudiges Verständnis entgegengebracht haben.“

Das klingt anders wie die Verdächtigungen, die in der Rede des Herrn Kirsdorf gegen die Arbeiterorganisationen enthalten sind. Wenn wurtmüßige Geschehnisse wie dieser Krieg an dem großartigen historischen Verrentum der um Kirsdorf noch spuerlos vorübergehen können, so wird der Zeitpunkt aber doch kommen — vielleicht eher wie manche glauben —, wo auch diese Industriemagnaten durch stärkere Einflüsse gezwungen werden ihren einstigen Verrentankpunkt preisgeben und den Weg der Verständigung zu beschreiten.“

Treue. Diese Zeit der schweren Prüfung für das deutsche Volk bringt viele herrliche und erhebende Beweise des Edelmuttes und der Opferwilligkeit. Aus Düsseldorf zog gleich zu Anfang des Krieges ein Mitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes mit unseren Hingereichen Heeren nach Belgien und von da nach Frankreich. Ein braves und treues rheinisches Mädchen aus dem Arbeitsstande nannte er seine Braut. Als er auf des Nennigs Auf hin fortging, gab sie ihm ihr Wort. Sie sei sein für alle Zeit, was auch kommen möge. Er machte mehrere heiße Gefechte und siegreiche Schlachten mit. Auf Frankreichs Küren erzielte ihn im September ein böses Geschick. Seine Braut bekam an einer Karte, die in merkwürdiger und ungelentiger Schrift geschrieben war, die Mitteilung, er sei verwundet, schwer verwundet, aber sie solle sich nicht Sorgen, er lebe noch, und seine Verwundung sei auch nicht lebensgefährlich. Er sei an den Augen verletzt. Später kam ein Brief, in verbogener Schrift und in schiefen Reichen geschrieben. Eine fremde Hand hatte die seinige geführt. Darauf stand in kurzen, abgebrochenen Sätzen: Sie habe ihr Wort zurück. Sie könne ihn niemals heiraten. Er sei — blind auf beiden Augen, blind für immer. Sie möge mit einem anderen glücklich werden; das sei sein heißes Gebet. Wie das unter braves Mädchen packte, kann nicht beschrieben werden. Aber die Liebe machte sie stark und zu den größten Opfern fähig. Die Treue war für sie kein leerer Wahn. Am 15. April führte sie ihn zum Traualtar. Sie will ihm Führerin sein durchs Leben hindurch. Ihre Liebe soll ihm das verlorene Licht seiner Augen erzeigen, mit ihren hellen Augen will sie für ihn sehen, mit ihren gesunden Armen für ihn schafften, will mit ihrem blinden Manne das große Opfer, das ihnen das Vaterland auferlegte, gemeinsam tragen bis zum Tode. Woge der Himmel beiden viel Kraft geben, damit sie das Opfer nie als eine Last empfinden und es nie niemals niederdrücke.

Der Arbeitsmarkt in Groß-Berlin.

Wie der Verband Märkischer Arbeitsnachweise berichtet, zeigen die Verhältnisse des Arbeitsmarktes für die Woche vom 2. bis 8. Mai 1915, daß sich allmählich eine gewisse Stabilität der allgemeinen Lage des Arbeitsmarktes zu entwickeln scheint. Nachdem durch die Einziehung des Landsturms in den letzten Monaten sehr viel wertvolle Arbeitskräfte der Industrie und dem Gewerbe entzogen waren, mußten die einzelnen Betriebe, so gut es ging, sich mit den noch vorhandenen Arbeitskräften behelfen lernen. Dadurch sind einerseits für die noch nicht eingezogenen Arbeitnehmer die Verhältnisse des Arbeitsmarktes außerordentlich günstig, andererseits tragen die Arbeitgeber dauernd über den großen Mangel an brauchbaren männlichen Arbeitskräften. Die Metallindustrie ist noch am stärksten vor der Entloshung von Arbeitskräften geschützt, da hier die großen Herstellungen sehr viele rekrutierte Arbeiter in den Betrieben festhalten. Im Brauergewerbe zeigt sich ein sehr starker Mangel an Fahrpersonal und an Flaschenpölkern, während der Bedarf an Brauern noch leidlich gedeckt werden kann; als Flaschenpöler mußten zumeist Kräfte aus anderen Berufen eingestellt werden, was natürlich bei der oft nicht leichten Arbeit einen starken Wechsel der Arbeitskräfte bedingt. Für Gastwirtschaftspersonal konnten die besten Stellen noch durchweg besetzt werden, an Hilfspersonal, besonders aber an Ausschickkräften für die Sonntage, fehlt es dagegen sehr. Im Buchdruckgewerbe ist die Nachfrage nach Spezialarbeitern, besonders Maschinensetzer für den Zeitungsbetrieb, stark. Der Bedarf an sonstigem Personal konnte immer noch besetzt werden, da der Druckbetrieb für Bücher, Zeitschriften, Jahresberichte und Privatdruckachen sehr dankbar liegt.

Die Einstellung weiblicher Angestellter für sonntages männliches Personal hat im allgemeinen nicht viel zugenommen, eine regere Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften zeigte sich nur für vorübergehende landwirtschaftliche und Gartenarbeit, indem hier viele Frauen für Frühjahrsarbeiten nach den Vororten Berlins verlangt wurden.

Durch die öffentlichen Arbeitsnachweise Groß-Berlins wurden in der letzten Woche 4729 (1985) Stellen für männliche und 2405 (2722) Stellen für weibliche Arbeitskräfte vermittelt. Offene Stellen waren vorhanden 6230 (6634) für männliches und 3036 (3320) für weibliches Personal, während 4559 (4752) männliche und 3561 (3921) weibliche Arbeitsuchende gezählt wurden.

Die eingeklammerten Ziffern beziehen sich auf die Vorwoche.

Jahresberichte der Bezirke

Bezirk Bochum. Als wir unseren letzten Jahresbericht niederschrieben, ahnten wir nicht, daß das Jahr 1914 uns einen großen Weltkrieg bringen würde. Daher brachten wir auch manche Hoffnung zum Ausdruck, mit deren Verwirklichung wir im Jahre 1914 bestimmt rechneten. Leider hat der große Weltbrand fast alle unsere im vorläufigen Jahresberichte angeprochenen Erwartungen vernichtet.

Gleich am Anfang des Berichtsjahres machte sich fast in allen Verwaltungsstellen unseres Bezirks eine ruhige Entwicklung der Baukonjunktur bemerkbar. Diese Entwicklung hielt auch bis zum Beginn des Krieges an, so daß wir in einigen Verwaltungsstellen im zweiten Berichtsjahre mit einer regen Bautätigkeit zu rechnen hatten.

In der Verwaltungsstelle Arnberg hatten wir allerdings mit einer geringen Beschäftigungsgelagenheit in unserem Gewerbe zu rechnen. Es wurden nur in den Städten Reheim, Hüsten und Meschede einige Neubauten errichtet. Aus diesem Grunde konnte eine nicht geringe Zahl unserer dort ansässigen Mitglieder, welche infolge der schlechten Konjunktur im Jahre 1913 zur Waldarbeit übergeben mußten, erst Ende März und anfangs April wieder zu ihrer Berufsarbeit zurückkehren.

In dem Stadtkreise Bochum hatten wir im ersten Halbjahre eine kleine Steigerung der Bautätigkeit zu verzeichnen. Ebenfalls hatten wir in den Stadtkreisen Gelsenkirchen und Herne eine wesentliche Steigerung der Beschäftigungsgelagenheit gegenüber dem Vorjahre auszuweisen.

In Dortmund hatten wir bis zum Beginn des Krieges mit einer sehr erfreulichen Belebung des Baugewerbes zu rechnen. Nicht nur steigerte sich die Zahl der industriellen und Bauten öffentlichen Charakters, sondern auch der Wohnungsbau nahm an Umfang zu. Tiefes dürfte aus folgenden Zahlen hervorgehen: In der Stadt Dortmund wurden Baurechtsanträge erteilt vom 1. Januar bis zum 1. April 21, davon für Wohnhäuser 10; vom 1. April bis 1. Juli 371, davon 143 für Wohnhäuser; vom 1. Juli bis 1. Oktober 15, davon 35 für Wohnhäuser; vom 1. Oktober 1914 bis 1. Januar 1915 59, davon 4 für Wohnhäuser. Leider wurden gleich nach Beginn des Krieges wegen Mangel an Baugeld eine erhebliche Zahl von Neubauten stillgelegt.

In der Verwaltungsstelle Duisburg hat sich die Bautätigkeit gegenüber dem Vorjahre noch weiter verschlechtert. Seit Beginn des Krieges ruht der Bau von Wohn- und Geschäftshäusern fast vollständig und hatten wir nur mit einzelnen Bauten öffentlichen Charakters zu rechnen. Ein klares Bild von dem Geschäftsgange im Baugewerbe in der Stadt Duisburg ergibt sich aus folgenden Zahlen: Es wurden Baurechtsanträge erteilt im Jahre 1910 1259, 1911 1412, 1912 1448, 1913 1163 und im Jahre 1914 613. Schon der Rückgang der

Bauerlaubnis gegenüber dem Vorjahre sehr bedeutend, so ist noch hervorzuheben, daß infolge des Krieges von den genehmigten Bauten 83 zurück oder eingestellt worden sind.

In der Stadt Gammern wurden im Berichtsjahre 396 Bauerlaubnisse erteilt, wovon aber, soweit wir feststellen konnten, mindestens 15 Privatbauten, eine Anzahl Kolonie-Wohnhausneubauten und einige industrielle Anlagen wieder stillgelegt wurden.

In den Städten Homberg, Friemersheim und Mörs hatten wir durchweg nur eine geringe Beschäftigungsgelegenheit in unserem Gewerbe zu verzeichnen. Selbst in den Orten Einford und Dilscherheide, wo im ersten Halbjahr sehr viel zu tun war, konnten im zweiten Halbjahr nur wenige Bauarbeiter Beschäftigung finden.

In der Großstadt Essen hatten wir im ersten Halbjahr eine rege Bautätigkeit aufzuweisen. Im zweiten Halbjahr dagegen staute die Konjunktur immer mehr ab, was aus nachfolgenden Zahlen deutlich zu ersehen ist: Es wurden im Jahre 1914 folgende Bauten genehmigt: 1. Quartal 112 Wohnhäuser und 224 andere Gebäude, im 2. Quartal 150 Wohnhäuser und 217 andere Bauten, im 3. Quartal 81 Wohnhäuser und 153 andere Gebäude und im 4. Quartal 32 Wohnhäuser und 52 andere Bauten. Davon wurden infolge des Krieges 26 angefangene Bauten wieder stillgelegt und 60 Bauten überhaupt nicht in Angriff genommen. In den Landorten war allerdings sehr wenig zu tun. Es kamen dort hauptsächlich nur einige hundert Koloniebauten, welche für die Berechtigten Stinneshäuser errichtet wurden, in Betracht.

Auch in den Gebieten Gladbeck, Quer und Dorsten war in dem ersten Halbjahr 1914 genügend Beschäftigung in unserem Gewerbe vorhanden. Ferner war der Beschäftigungsgrad in den Städten Oberhausen, Mühlheim-Nuhr und Sterkrade zufriedenstellend. In dem Verwaltungsstellengebiet Hamm, speziell in den ländlichen Gebieten, hatten wir auch eine ziemlich gute Bautätigkeit. Eine Ausnahme bildeten nur die Verwaltungsstellengebiete Recklinghausen und Hagen, wo wir vor und auch während des Krieges nur mit einer geringen Beschäftigungsgelegenheit zu rechnen hatten.

Im großen und ganzen konnte man mit der Bautätigkeit in unserem Bezirk in der ersten Hälfte des Berichtsjahres zufrieden sein. Dann kam urplötzlich der große Weltkrieg zum Ausbruch und legte die Bautätigkeit und gleichzeitig das Organisationsleben lahm. In sehr großer Zahl eilten unsere Mitglieder — zum Teil unsere besten Vertrauensmänner — zu den Waffen. Eine nicht geringe Zahl unserer Mitglieder reisten nach ihrer Heimat, weil auch sie mit ihrer Einberufung rechneten und deshalb nochmal zu ihren Lieben wollten. Andere wieder reisten nach ihrer Heimat, weil sie glaubten, der Krieg würde für die ganze Kriegsdauer die Bauarbeit völlig stilllegen. Letztere waren auch nachträglich, trotz großer Bemühung unsererseits, nicht wieder aus ihrer Heimat fortzubekommen.

Aus diesem Grunde hatten wir, trotz der geringen Bautätigkeit, in der zweiten Hälfte des verfloffenen Jahres in vielen Orten fast ständig über einen Arbeitermangel zu klagen. Ganz bestimmt würde mancher am Beginn des Krieges stillgelegte oder in Aussicht genommene Neu- oder Umbau wieder in Angriff genommen worden sein, wenn die Unternehmer hätten mit mehr Arbeitskräften rechnen können.

Infolge der ziemlich guten Bautätigkeit in der ersten Hälfte des Berichtsjahres machte sich auch unter unseren Mitgliedern ein reges Leben bemerkbar. Aufgenommen wurden im ersten Halbjahr 5089 Kollegen gegenüber 3194 in derselben Zeit des Vorjahres. Die Mitgliederzahl am Schlusse des zweiten Quartals betrug 12 290. Das ist gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme von 728 Mitgliedern. Durch den Krieg wurden uns aber ziemlich zwei Drittel unserer Mitglieder entzogen und hatten wir am Schlusse des dritten Quartals nur noch 4724 Mitglieder aufzuweisen. Durch die fortwährende Einberufung zur Fahne sind uns auch im 4. Quartal 1914 und im ersten Viertel des Jahres 1915 noch sehr viele Mitglieder entzogen worden.

Unsere Tarifverträge sind im engeren Industriegebiet mit einigen Ausnahmen ziemlich gut durchgeführt worden. In dem Gebiete Fröndenberg-Menden haben aber die Bauunternehmer sich ständig des Vertragsbruchs schuldig gemacht. Hoffentlich gelingt es uns auch dort recht bald, die dortigen Unternehmer zur Tariftreue zu erziehen.

Da in unserem Bezirk die Bauarbeiterbeschäftigungen wenig beobachtet werden und sich zum Teil nicht als ausreichend erwiesen haben, sollte dieser Frage im Berichtsjahre ganz besonders Aufmerksamkeit geschenkt werden. Gute Vorbereitung war durch besondere Bauarbeiterkonferenzen, unter der Leitung des Kollegen Winterhob getroffen worden. Leider ist die Durchführung unseres Vorhabens durch den Krieg vereitelt worden.

Die Kriegs-Arbeitsgemeinschaft ist auch hier im Bezirk eingeführt und es sind in fast allen größeren Orten Ortsausschüsse errichtet worden. Allerdings hat diese Einrichtung nicht allzuviel leisten können, weil wir ja in großen und ganzen nicht mit einer Arbeitslosigkeit zu rechnen hatten.

Das Tätigkeitsgebiet der Verwaltungsstellenvertrände, besonders der Sozialbeamten und des Bezirksleiters, liegt sich während des Krieges von Woche zu Woche. Zunächst mußte Erfolg geschaffen werden für die und durch den Krieg entzogenen Vertrauensmänner. Dazu kam die Regelung der wachsenden Kriegsgewerkschaften, die soziale Fürsorge für die Frauen unserer in den Krieg gezogenen Mitglieder, die Teilnahme an den humanitären Einrichtungen im Interesse der Kriegsfamilien usw. Die Tätigkeit der Verwaltungsstellenvertrände ist noch besonders dadurch, daß von Beginn des Krieges ab der letzte Teil der Verwaltung der Bezirksgewerkschaften und die Mitglieder von hier fort mußte.

Zum Schluß möchten wir unsere zurückgebliebenen Mitglieder sehr nachdrücklich bitten, im Jahre 1915 recht kräftig mitzuarbeiten und mit uns dahin zu wirken, daß die großen Lücken, die uns der Krieg bis heute schon geschlagen hat, soweit wie möglich wieder ausgefüllt werden. Während des Krieges haben wir wieder erneut feststellen können, welche große Bedeutung unsere Organisation für uns hat. Ohne sie wäre es unbedingt zu großen Lohnkürzungen und Verschlechterungen unserer Arbeitsbedingungen gekommen. Auch die Frauen unserer Arbeiter haben die Hilfe unserer Organisation während des Krieges sehr wohlthuend empfunden. Daher muß es uns auch eine große Ehre sein und Freude bereiten, an der Kräftigung und Ausbreitung unseres Verbandes mitarbeiten zu können. Allen Kollegen, welche mitgearbeitet haben, besonders auch unseren Sozialbeamten, sei für ihre mühevollen und selbstlose Arbeit herzlich gedankt.

Bochum, Poststraße 18.

Die Bezirksleitung: J. L. Wilhelm Koch

Verbandsnachrichten

Wir machen die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 23. Mai, der 12. Wochenbeitrag für das Jahr 1915 fällig ist.



Es starben den Heldentod fürs Vaterland die Kollegen:

- Anton Gorka.
- Franz Wiezorek.
- Leon Wiezorek.
- Johann Gawlik.
- Franz Kempa. *Bezirksstelle Kempen, Prov. Posen.*
- Heinrich Raaf. *Bezirksstelle Frechen.*
- Jakob Schleger. *Bezirksstelle Gr.-Übbern.*
- Gustav Leube. *Bezirksstelle Ellhausen.*
- Damian Stumpf aus Simmershausen. *Bezirksstelle Dortmund, Maurer.*
- Rudolf Rau. *Bezirksstelle Schödel bei Warburg.*
- Richard Graf.
- Wilhelm Müller aus Roffenbach. *Bezirksstelle Rimbrecht.*
- Ludwig Koch. *Bezirksstelle Eimen a. d. L.*
- Wih. Grote aus Giddesen. *Bezirksstelle Detmold.*
- Theodor Braubers aus Geldern. *Verwaltungsstelle Krefeld.*

Wir werden das Andenken dieser Tapferen stets in Ehren halten.

Durch den Krieg wurden uns bisher 856 brave Kollegen entzogen.

Berichtigung: In Nr. 19 der Baugewerkschaft muß es heißen unter Bezirksstelle Herne: Sof. Stecker.

Darmen-Ebersfeld. Am Sonntag, den 2. Mai, fand in Darmen, bei Vogel, unsere Verwaltungsstellenkonferenz für das erste Quartal 1915 statt. Einleitend gedachte der Vorsitzende der ersten Zeit, in welcher wir uns befinden. Das Andenken der gefallenen Kollegen ehrte die Versammlung durch Erheben von den Sigen. Als erster Punkt der Tagesordnung wurde der Rassenbericht erledigt. Die Einnahmen für die Zentrale betrugen 646,85 Mark, die Ausgaben 646,97 Mark. Die Einnahme der Sozialverwaltung betrug 2974,34 Mark, die Ausgabe 2230,31 Mark, mithin bleibt ein Bestand fürs nächste Quartal von 744,03 Mark. In der Diskussion wurden auf Anfragen über einzelne Posten in der Abrechnung zufriedenstellende Auskünfte erteilt. Nachdem die Revisoren die Abrechnung bestätigt hatten, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Als weiterer Beratungspunkt kam die von den Ortsvorstellern angeregte Venerungsplage zur Sprache. Die Bauarbeiter von Darmen-Ebersfeld glauben, für ihr Teil von dieser Forderung absehen zu müssen. Einige nach unserer Auffassung in dieser Sache entscheidende Vertreter wurden richtiggestellt. Ferner gedachte die Versammlung der im Felde stehenden Verwaltungsstellen-Delegierten und beschloß, an diese Kollegen Geldgeschenke zu senden. Da weitere Punkte nicht zu erledigen waren, schloß der Vorsitzende mit warmem Dank an die Kollegen die Konferenz. Man soll auch an dieser Stelle einiges ausgesprochen werden, was sonst diejenigen, die es angeht, nicht erreicht. Es gibt in unserem Verwaltungsbezirk noch einen Teil Kollegen, die fortwährend jede politische Gelegenheit benutzen, um Besondere gegen alle, was von unserer Stelle geschieht, zu erheben. Wir meinen doch, daß die Zeitigung genügend gegeben ist. Klagen, aber sagen

wir besser, Anregungen und Vorschläge zu geben, wo es angebracht ist. Versammlungen finden statt, an allen Orten ist daselbst gesorgt, daß der Vorstand vollstänbig ist, und zu allem ist in Köln und Berlin auch noch ein Ort, wo die Interessen der organisierten Kollegen vertreten werden. Also rechto jeder erst mit sich selbst und dann an die maßgebende Stelle, alles andere ist eines deutschen Mannes unwürdig. Auch in unserem Bezirk hat der rauhe Krieg manches Opfer gefordert. Eine beträchtliche Anzahl unserer lieben Kollegen hat auf dem Felde der Ehre ihr Leben ausgehaucht, und groß ist die Zahl derjenigen, die noch draußen Wache halten. Nun kann es keine Zeit geben zu Märgeln; tue jeder seine Pflicht, damit auch ferner die Organisation im Interesse des einzelnen arbeiten kann. Neben den oben-erwähnten Opfern hat der Krieg uns einen Mann entzissen, der uns ebenso wert geworden war, der Vorsitzende des Einigungsamtes für den Bergischen Bezirk. Herr Weigandener Gurschmann hat an der Spitze seiner Kompagnie den Heldentod fürs Vaterland gefunden. Unsere Organisation wird die Verdienste dieses Mannes zu würdigen wissen und ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Hagen i. W. (Verwaltungsstelle.) Am Sonntag, den 25. April, fand eine Ausschusssitzung der Verwaltungsstelle statt. Aus dem Bericht des Kollegen Schmalstieg ist folgendes zu entnehmen: Durch den Krieg ist unsere Verwaltungsstelle sehr stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Zahl unserer Mitglieder setzt sich größtenteils aus Kollegen zusammen, die im Sommer aus den ländlichen Gebieten zuziehen. Diese sind, soweit sie nicht sofort bei Ausbruch des Krieges zu den Fahnen gerufen wurden, in ihre Heimat zurückgekehrt. Trozdem Arbeit zur Genüge vorhanden war, waren dieselben nicht zur Rückreise zu bewegen. Diese Kollegen, die so fluchtartig die Arbeitsstätten verließen, haben wesentlich dazu beigetragen, daß unsere Mitgliederzahl dann rapide sank. Weber ihr eigenes, noch das Interesse der Organisation konnte sie zurückhalten. Mit dem Versammlungsbesuch sah es gleich nach Ausbruch des Krieges sehr schlecht aus. Es schien, als solle nun das ganze Verbandsleben aufhören. Jedoch hat sich nach und nach eine ruhigere Auffassung Bahn gebrochen. Jene Kollegen, die anfangs jede Organisation überflüssig hielten, sind dann doch durch die Regsamkeit und Wirksamkeit der Organisation eines besseren belehrt worden. Sie haben einsehen gelernt, daß auch während des Krieges die Organisation bitter notwendig ist. In einigen Bezirken pulsiert, der Zeit entsprechend, das Verbandsleben ganz gut. Im ersten Quartal dieses Jahres war es uns möglich, die gleich nach Ausbruch des Krieges eingegangene Bezirksstelle Werder neu ins Leben zu rufen. Wir haben dort mittlerweile wieder 18 Kollegen gewonnen. Dies ist Beweis genug, daß, wenn alle Kräfte zusammenwirken, auch während des Krieges ganz ansehnliche Erfolge erzielt werden können. Leider mußte auch festgestellt werden, daß in einigen Bezirken trotz verschiedener Mahnung unsere Kollegen alles drunter und drüber gehen lassen. Unseren im Felde stehenden Kollegen sind die ganzen Vorgänge gemeldet, und die Feldpostbriefe, die Schreiber dieses zugegangen sind, lassen darauf schließen, daß mit jenen „Selben“ nach dem Kriege ein ernstes Wort geredet wird. Diese Nachkollegen sind es wahrlich nicht wert, daß unsere Mitglieder draußen in Feindesland auch für sie so bitter kämpfen müssen. — Der bestehende Tarifvertrag ist im allgemeinen eingehalten, jedoch haben einige Unternehmer es nicht über sich bringen können, die festgesetzten Löhne zu zahlen. Selbst in Fröndenberg, wo der Kampf um Durchführung des Tarifvertrages abgebrochen werden mußte wegen der Mobilmachung, ging Unternehmer Bonnaime sofort dazu über, den Lohn um zehn Prozent zu kürzen. Ein anderer Unternehmer, unseres Wissens Mitglied des Bundes, zog 8 Pf. pro Stunde ab. Nach dieser kommt auch eine andere Zeit, wo diese Herren an ihre Handlungsweise erinnert werden sollen. Arbeitsgelegenheit ist genug vorhanden. Unsere Bemühungen, von auswärts Arbeitskräfte heranzuziehen, waren in wenigen Fällen erfolgreich. Die Mitgliederzahl ist sehr zurückgegangen. Am Schlusse des vierten Quartals 1914 waren es 131 und Ende des ersten Vierteljahres 1915 nur noch 71 Mitglieder. Daß die Einnahmen auch dementsprechend zurückgegangen sind, bedarf wohl keiner Erwähnung. Von den 127 eingezogenen Mitgliedern sind bis jetzt 9 gefallen und 2 vermißt. An Unterstützung für Kriegsfamilien wurden 1073 Mark ausgezahlt. Dem Bericht der Delegierten schloß sich eine rege Aussprache an. Es wurde beschlossen, in allen Bezirken mit Hausagitationen zu beginnen, da dieses neben der Agitation auf der Arbeitsstelle wohl das wichtigste Mittel sei, vorwärts zu kommen, insbesondere in dieser ersten Zeit. Hoffen wir, daß unsere noch im Felde stehenden Kollegen wohlbehalten zurückkehren, um dann wieder mit den Zurückgebliebenen gemeinsam unsere Organisation in der Verwaltungsstelle Hagen stark und kräftig zu gestalten. Die kommenden großen Aufgaben erfordern eine starke Organisation, und eine solche können wir hier am allerwenigsten entbehren.

Briefkasten

Die Redaktion der „Baugewerkschaft“ ersucht dringend bei Mitteilung von Namen diese so deutlich wie möglich zu schreiben. Bei dem jegigen Eingang der vielen Todesanzeigen werden der Redaktion durch das öftere unbedeutliche Schreiben unnötige Rückfragen, Berichtigungen und andere Unannehmlichkeiten bereitet.

Bekanntmachung

Der den Aufenthalt des Bauhilfsarbeiters Peter Herz, geboren am 18. August 1896 in Frobbach, Kreis Oberlahn, weiß, wird gebeten, dessen Adresse sofort an Bauhilfs Herz, Kassierer der Verwaltungsstelle Frobbach, zu senden.